

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugpreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Verammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

Friede auf Erden / Völkerfriede.

Das Weihnachtsfest, Fest der geweihten Geburtsstunde eines Menschengeschlechtes büßt von Jahr zu Jahr mehr von seinem ursprünglichen Inhalt und Wesen ein. Wir heutigen Menschen erleben Weihnachten nicht mehr als religiöse Feier, als fromme Erbauung aller Menschenherzen. Auf den kirchlichen Ursprung des Weihnachtsfestes müssen wir uns erst besinnen wie auf Dinge, die weit hinter uns zurückliegen und die uns nicht mehr durch gläubiges Gefühl, sondern nur noch durch den Verstand gegenwärtig werden. Wo früher tiefinnere Hingabe im Glauben an die Geburt eines Heilands, da herrscht heute entweder flüchtige Erinnerung an eine in ihrer Schlichtheit ergreifende fromme Geschichte, heuchlerische Frömmerei, verbunden mit Almosengeben, oder gar oberflächliche Feststimmung. Es ist gewiß nicht vermessen, wenn man sagt, daß den breiten Massen der Sinn der Christusgeschichte, an die uns die Weihnachtszeit wieder erinnern soll, verlorengegangen ist. Der in der Weihnacht geborene Heiland, der den Kreuzigungstod als Erlöser der Menschen von ihren Sünden stirbt — wie vermöchte sein Schicksal den heutigen proletarischen Massenmenschen zu packen, der sein ganzes Leben lang an das Kreuz menschenmordender Fronarbeit genagelt ist? Wie vermöchte der Märtyrer von Nazareth jene Menschen unserer Gegenwart zu erschüttern, deren proletarisches Martyrium sich im Schicksal von Millionen Klassengefährten widerspiegelt? Ein ganz anderer Erlöser als der aus der biblischen Geschichte steht vor unsern Augen: er ist angetan mit dem Kleid des arbeitenden Menschen, sein Antlitz ist nicht gottverklärt, sondern von Sorgen, Entbehrungen und Hunger gefurcht, sein Leidenskreuz ist nicht auf hohem Berg errichtet, sein Kreuz ist der lärmdurchtoste Maschinenaal, sein Kreuz ist die vergiftende Einseitigkeit einer geisttötend mechanisierten Arbeit, zu der er sein ganzes Dasein lang verurteilt ist, sein Kreuz ist ein Proletariatschicksal ohne Sonne und Frohsinn. Und ebenso wie uns heutigen Menschen die biblische Gestalt des Weihnachtsfestes fremd geworden ist, ist uns das so oft wiederholte Weihnachtswort „Friede auf Erden!“ zu einem inhaltslosen Predigtzitat geworden. Wieviel Mißbrauch ist doch namenlich seit dem Jahre 1914 mit diesem so bedeutungsvollen Wort getrieben worden. Wie haben gegen dieses Wort doch gerade jene Menschen gesündigt, die zum Verkünden des Bibelglaubens berufen sind. Vor allem aber gesündigt gegen jenes Wort haben die Staatsmänner und kapitalistischen Machthaber, denen das Geschick der Völker in die Hände gegeben war. Es geht den breiten Massen des werktätigen Volkes wie dem einzelnen: der reine Kinderglaube entschwindet mit den Jahren, der Weihnachtsglaube zerrinnt allmählich in Nebel, was übrig bleibt, sind harte Erfahrungen und oft schwere Enttäuschungen. So sehen sich schließlich

auch die Arbeitermassen durch das Wort „Friede auf Erden!“ enttäuscht. Die durch den Imperialismus heraufbeschworenen kriegerischen Verwicklungen in Nordafrika, Syrien und im fernen Osten wollen wenig zu der weihnachtlichen Kunde vom Frieden auf dem Erdenrund stimmen. Dennoch aber steht das diesjährige Weihnachtsfest in einem andern Zeichen als seine Vorgänger. Wenn auch nicht

der ganze von Gegensätzen und Kämpfen der Völker zerrissene Erdball befriedet ist, so sind doch wenigstens in Europa die ersten Schritte getan worden, um für die Zukunft nach Möglichkeit blutige Auseinandersetzungen der Nationen zu vermeiden. Kein Gedanke daran, daß nun das Reich Gottes auf Erden angebrochen sei! Keine Idee von „göttlicher Einsicht“, die etwa in dem Friedenspakt von Locarno ihren Niederschlag gefunden hätte. Wenn die Völker Europas das Weihnachtsfest 1925 in einer außenpolitisch etwas entspannten Lage begehen, so nur darum, weil die kapitalistischen Machthaber Europas sich von einer vernunftdiktierten Verständigungspolitik größeren Nutzen versprechen als von der bisherigen Macht- und Vergewaltigungspolitik. Die Chamberlain, Brand, Stresemann und Luther sind mit ihrer Locarnopolitik wahrhaftig nicht die „Vollstrecker eines höheren göttlichen

Christnacht.

Goldene Scheiben glänzen in schwarze Dunkelheit,
Süße Kindererzählungen wehen im flüsternden Wind.
Stille Fenster starrten mit hohlen Augen in die Welt,
Fenster, die dunkel und tot, die der Freude gestorben sind.
Glocken tönen; es jubelt der Turm klingendes Erz.
Hungerzornig zittert des Volkes gewaltiges Herz.
Stimme jauchzt in die Nacht: der Erlöser kam.
Frierend durch schmutzige Gassen seufzt suchender Gram.
Sterne glühen am Himmel blank und rot.
In finsternen Ecken hockt wimmernde Not.
Mager aus Lumpen hebt sich die blutende Hand:
Sprach hier nicht eben einer von Vaterland?
Dröhte nicht eben einer von Freiheit und Recht?
Aber du bist noch immer des Hungers Knecht!
Aber du bist noch immer ein Spiel im Wind
Wie es des Himmels lustige Flocken sind.
Melodien umsprühen dich von Seligkeit,
Goldene Scheiben glänzen in schwarze Dunkelheit.
Wann aber glüht deine Seele im feurigen Licht,
Daß sie den nächtlichen Spuk tyrannischer Not zerbricht?
Ernst Preygang.

Willens“. Man kann sie sich auch schlecht vorstellen als Weihnachtsengel, die mit dem Palmenzweig in der Hand vor die Völker Europas treten und ihnen die göttliche Friedensbotschaft verkünden. Aber daß endlich auch die Anbeter der Gewaltpolitik und des Kriegsgottes durch den Zwang der wirtschaftlichen und politischen Tatsachen auf den Weg der Vernunft gedrängt und zu Verfechtern der Verständigungspolitik werden, ist zweifellos ein Fortschritt, dessen Bedeutung geringzuschätzen die Arbeiterschaft keine Ursache hat. Wenn aber der Friede lebendige Wirklichkeit werden soll, so darf es nicht bei paragraphengepäckten Verträgen und höflichen Diplomatenreden oder gar Gottvertrauen bleiben. Der Friede kommt nur und ist nur gesichert, wenn die Völker selbst ihn wollen und erkämpfen. Die Abrüstung der Röpfe, die Eindämmung der verheerenden Flut des Völkerhasses, das Streben nach Verständigung der Völker — das alles nur ist imstande, allmählich den „Frieden auf Erden“ zu schaffen. Um das zu erreichen, genügt es nicht, an den „Herrn aller Welten“ Bittgebete zu richten, daß er die Menschheit erleuchten möge. Im Gegenteil wird der Friede uns nicht als Geschenk weihnachtlicher Stimmungen in den Schoß fallen, sondern er muß erarbeitet werden. Und dazu sind in erster Linie die organisierten proletarischen Massen berufen, denen der Friede Leben und Glück bedeutet. Die organisierte Arbeiterschaft ist der einzige und sicherste Garant aller Friedensverträge denn sie hat in allen Ländern das gleiche Interesse: den Kriegshekern in den Arm zu fallen. Aus dem allgemeinen Weihnachtswort „Friede auf Erden“ muß die klare Losung unserer Zeit werden: Völkerfriede!

Reichstarifvertragsverhandlungen im Baugewerbe.

Gemäß der am 26. November dieses Jahres getroffenen Vereinbarung der baugewerblichen Spitzenverbände wurden am 18. Dezember die Verhandlungen zur Schaffung eines Reichstarifvertrages für das Baugewerbe wieder aufgenommen. Den Standpunkt der Arbeiterverbände entwickelte Kollege Paepion vom Deutschen Baugewerksbund, während Herr Behrens vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe für die Arbeitnehmer sprach. Aus den beiderseitigen Ausführungen ging hervor, daß in den Hauptfragen, nämlich der Arbeitszeit, der Ferien, der Lehrlinge sowie der Poliere und Schachtmeister, eine Annäherung bisher nicht möglich gewesen ist. Die Verhandlungen sollen nunmehr im Januar 1928 fortgesetzt werden, und zwar unter Hinzuziehung eines Kollegiums von 3 Unparteiischen. Je einen Unparteiischen ernennen die Parteien, den dritten soll das Reichsarbeitsministerium in Vorschlag bringen. Die Parteien waren sich darüber einig, daß die Unparteiischen nicht ein Schiedsgericht bilden, sondern lediglich die Verhandlungen zu fördern bestrebt sein sollen.

Technik oder Kultur?

Ein Beitrag zur Wirtschaftskrise.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise trifft, wie immer in solchen Fällen, die Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleinrentner besonders schwer. Der Hauptleidtragende ist also mit einem Wort die Arbeiterklasse, und zwar nicht nur Deutschlands, sondern auch der andern Länder der Erde. Die politische und gewerkschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse jümt nach Mitteln zur Behebung der Not; die Gegner antworten mit den hergebrachten Redensarten. Jeder noch so gut scheinende Vorschlag hat irgendeinen Mangel und führt selbst bei seiner Durchführung nicht zum Ziel. Man muß feststellen, daß es kein Allheilmittel gibt. Die Verhältnisse sind überaus verwickelt und vielgestaltig und die gewaltigsten Probleme tauchen auf.

Hierbei zeigt sich wieder einmal, wie bereits während der Inflation, daß die Wissenschaft nicht überschätzt werden darf. Die Wissenschaftler wissen auch jetzt am wenigsten Rat. Auch dies Problem, wie man die Wissenschaft mit dem praktischen Leben in Verbindung bringt, muß erst noch gelöst werden. Einige Beispiele dieser Weltfremdheit: Professor Dr. Ripperden, Köln, meint, die Lohnerhöhungen könnten nichts nützen, da sie nicht zum Sparen, sondern für den täglichen Bedarf verwendet werden. Professor Dr. Röple, Jena, schreibt, was eine Schicht mehr verdiente, hätte die andere weniger, also sei es gleichgültig, ob man alles oder alle zusammen gleichviel haben. Professor Dr. Vershofen, Nürnberg, verkündet, die Löhne müssen niedrig sein, damit Kapital in Form von Produktionsmitteln und Waren billig angeammelt werden könne. Hieraus mag auch der einfache Arbeiter erkennen, daß man mit höchster Wissenschaft absolute Unkenntnis der wirklichen Zusammenhänge verbinden kann. Diese Tatsache gibt dem Verfasser dieser Zeilen den Mut, auch seinerseits einiges nachstehend zu sagen, nur etwas zum Nachdenken; denn den Stein der Weisen findet keiner und das Perpetuum mobile wird auch nie erfunden.

Die Unternehmer fordern lange Arbeitszeit, niedere Löhne, farge oder gar keine Arbeitslosenunterstützung und Schutz der nationalen Wirtschaft durch Zölle. Die Arbeitnehmer fordern (mit Recht) das Gegenteil und außerdem noch Technisierung, Inpistierung, Nationalisierung. Genau befehen haben beide Teile nicht den ganz richtigen Weg gefunden, die Unternehmer überhaupt nur eine Sackgasse.

Schon der Weltkrieg war das Ergebnis einer Situation, wie wir sie gegenwärtig nur noch etwas trasser haben. Die Technik hat die Menschheit vor Probleme gestellt, die sie nicht meistern kann. Es können ungeheuer viel Waren in schneller Zeit hergestellt werden, deren laufende Unterbringung unmöglich ist. Daher das Streben, durch den Weltkrieg andere Völker auf dem Weltmarkt auszuschalten und das Ergebnis, daß die Sieger nun auch nicht wissen, wo sie mit ihrer Produktion bleiben sollen. Der Versailler Vertrag und das Dawesabkommen scheitern ohne guten oder bösen Willen der Menschen allein an den Verhältnissen, da die Erfüllung die Schwierigkeiten nur noch erhöhen würde. Der Locarno-Vertrag wird seine Fortsetzung finden, wiederum weil die Verhältnisse stärker sind als die Menschen. Eine Nation könnte die andere austrotten, das würde zu immer weitergehenden Austrottung zwingen und zum Schluß würde vielleicht eine Nation übrig bleiben, die nun unter sich den Austrottungskampf weiterführen müßte. Das Ende wäre der Untergang der Menschheit, der Kultur und der Technik. Da solche Entwicklung aber unmöglich ist, liegt hierin der Schlüssel zur einstigen Lösung des Problems. Diese Feststellungen sind absichtlich auf abstrakte Formeln gebracht worden; denn langatmige Ausführungen würden das Bild verwischen. Der Leser darf sich nicht an Einzelheiten klammern, sondern muß das Ganze den Kern sehen. Wie lassen sich Technik und Kultur vereinbaren? Das ist die zur Beantwortung stehende Frage. Hieraus werden sich ungeheure Veränderungen der gegenwärtigen Verhältnisse ergeben müssen. Dazu die folgenden Beispiele:

1. Die Technik: Amerika stellt jährlich 4 Millionen Automobile her. Die gewaltige Größe dieses Landes gestattet die Unterbringung, zumal man erkennt hat, daß diese technischen Erzeugnisse zu Massenbedürfnissen werden müssen. Auf die Dauer wird man auch damit scheitern, weil sich die Menschen nicht ununterbrochen Automobile kaufen können. Den Fordismus kann man technisch heute schon in Europa und besonders in Deutschland nachmachen. Aber dann müßte man solche Massenbedürfnisse decken und die Löhne zu ihrer Befriedigung bezahlen. Automobile, Radio, Telefon, elektrische Kochapparate, Bügeleisen, Staubsauger usw. sowie gute Wohn-

nungen, gute Einrichtungen, gute Bekleidung usw. müßten für jede Familie zur Selbstverständlichkeit werden. Anders hätte die Rationalisierung feinerer Sinn. Nur durch den Massenbedarf wäre das Problem auf Jahre hinaus zu lösen. Es ist aber heute schon daran zu denken, daß erneute Schwierigkeiten auftauchen würden. Die Technik schreitet schnell voran und immer weniger Menschen könnten auch diesen Massenbedarf mit Hilfe der Technik leicht befriedigen. Wiederrum würden große Menschenmassen arbeitslos werden.

2. Die Kultur: Diese läßt sich nicht inpistieren. Amerika kann auf eine Reihe von Jahren die Kultur außer acht lassen. Es kann so lange nur die Technik sich auswirken lassen. Europa und schließlich auch Asien usw. können das nicht. Würden die europäischen Produktionsstätten so rationell arbeiten, wie es in Amerika auch erst ein kleiner Teil tut, dann würde die Menge der Waren die Menschen ersticken. Genau so, wie der Wanderer in der Wüste verhungern muß, wenn er statt Brot nur Edelsteine findet. Mit Technik, Rationalisierung und Inpistierung läßt sich die Menschheit allein nicht befriedigen. Die gefährliche Antipathie gegen die Deckung der individuellen Bedürfnisse darf sich nicht weiter ausbreiten. Musik, bildende Kunst, gute Bücher, schöne Möbel, alles, was das Leben zur Freude machen kann und den einzelnen erhebt, müssen zum Massenbedarf werden. Neben der Freude an der Natur müssen derartige Bedürfnisse geweckt und erhalten werden. Dabei darf man nicht allein rationalisieren, sondern muß auch die Berechtigung schöner Dinge, die viel Arbeit machen, die aber den Menschen befriedigt, anerkennen. Die Menschen werden nicht geboren, um nur rationell in der Landwirtschaft oder der Industrie zu arbeiten, sondern um ihr Leben zu genießen. Nur den kollektiven Bedarf soll man rationalisieren, den individuellen Bedarf muß man dagegen als Qualitätsleistung anerkennen und ausbauen.

Nur in der Verbindung von Kultur und Technik liegt der endgültige Ausweg. Das erfordert, daß Amerika neben seiner Technik auch die Kultur in gleicher Weise anerkennt und fördert und daß Europa neben seiner Kultur, die ja erst noch zum Bedürfnis der Massen gemacht werden muß, auch seine Technik in den Dienst des Massenbedarfs stellt. Amerika kann sich nicht auf die Dauer isolieren und Europa nicht ewig seine heutigen nationalen Grenzen aufrecht erhalten. Nicht nur Pan-Europa, sondern die Menschheit als Gesamtheit, ohne künstliche Trennungen müssen wir erstreben. Hierbei ist die Technik der unwiderstehliche Antrieb und die Kultur das Mittel, das Leben der Menschen mit einem Inhalt zu erfüllen.

Weil die Menschheit diese großen Zusammenhänge nicht sehen will, ist sie in nationaler Begrenzung noch von kleinen Dingen erfüllt und innerhalb der Nationen jagen die verschobenen Volkstriebe wiederum ihren besonderen Phantomen nach. Würde es nur auf die Vernunft der Menschen allein ankommen, dann wäre zur Lösung aller Probleme noch ein sehr weiter Weg. Da aber die Entwicklung zwangsläufig ist, bahnen sich die Anfänge zu dem allein möglichen Ausweg schon allenthalben an. Auch so wird noch viel Zeit bis zur Erfüllung vergehen. Die große Not weiter Kreise zwingt zu sofortigen Maßnahmen, die nicht immer in der Linie der geschuldeten Entwicklung liegen können. Jeder sucht auch noch solange wie möglich sein Stedenpferd zu reiten, sei es auch nur scheinbar, indem man andere Kreise die Maßnahmen treffen läßt, die man selbst innerlich als richtig erkennt. Ein Schulbeispiel sind unsere Deutschnationalen, die so wie wir den Wert des Locarnovertrages erkennen, aber ebenso wie die Kommunisten glauben, durch Opposition selbstfüchtigen Regungen frönen zu müssen. Ueber die hinweg schreiten mit eiserner Konsequenz die Verhältnisse. Viele Not könnte durch frühere ehrliche Erkenntnis verhindert und gemildert werden.

Die Menschen und die Nationen lieben sich heute nicht mehr als früher. Trotzdem haben wir den Völkerbund, das Internationale Arbeitsamt, den Locarnovertrag. Alles erst Anfänge, aber sehr bedeutsame. Gerade jetzt wird angesichts der Wirtschaftskrise auch in Deutschland mehr als früher von Pan-Europa gesprochen. Die wirtschaftlichen Schranken müssen fallen, zuerst in Europa und dann in der ganzen Welt. Deutschland, England, Frankreich, Italien, Rußland, kein Land kommt für sich allein mehr weiter. Die tollsten Vorkämpfer werden gemacht, um die unaufhaltsame Entwicklung auszuschalten. Aber die Erkenntnis kommt doch. Die Technik duldet keine Grenzen, und die Kultur ist nicht auszuschalten. Daher werden sich die Menschen lieben lernen müssen, weil sie sich betragen müssen. Die Zeitalter der Hauswirtschaft, des Handwerks und jetzt der Technik haben ihre bestimmten Ausdrucksformen. Für diese gewaltigen Konsequenzen müssen die Menschen reif werden, damit sie neuen Mut und neue Hoffnung schöpfen. Die Gewerkschaften haben ihre Kraft bewußt und unbewußt in den Dienst dieser Entwicklung gestellt. Sie sorgen für die Gegenwart, indem sie hohe Löhne, niedere Arbeitszeit, ausreichende Arbeitslosenunterstützung und Abbau der Zölle fordern. Sie denken an die Zukunft, wenn sie den Ausbau des Völkerbundes, des Internationalen Arbeitsamtes, die Durchführung des Locarnovertrages und den Abbau der wirtschaftlichen Grenzen verlangen.

Mögen die Leser dieser Zeilen einmal in Ruhe hierüber nachdenken, sie werden sich dann sicher geloben, ihre ganze Kraft in den Dienst der großen Ideale und Ziele der Gewerkschaften zu stellen.

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung.

Nach Schätzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind in Deutschland gegenwärtig über eine Million Arbeitslose. In Oesterreich beträgt die Zahl der unterstützten Arbeitslosen 150 000. Restige Scharen Arbeitswilliger sind mitten im Winter der Not preisgegeben. In Deutschland erhalten die Kurzarbeiter keine Unterstützung, außerdem gibt es große Schichten von Arbeitern und Angestellten, die bereits nicht zur Arbeitslosenunterstützung berechtigt sind, oder aber, wie bei Angestellten in höheren Gehaltsklassen, überhaupt nicht berechtigt waren. Die Not der Arbeitslosen betrifft aber diese Schichten ebenso wie die andern. Die an die übrigen Arbeitslosen verteilten Unter-

stützungen sind jedoch in der gegenwärtigen Höhe außerordentlich niedrig.

Frägt man nach der moralischen Berechtigung einer ausreichenden Arbeitslosenunterstützung, so ist die Antwort nicht schwer zu geben. Krieg und Inflation haben die gegenwärtige Krise, die geringe Konkurrenzfähigkeit der Industrie herbeigeführt. Es geht nicht an, daß deren Lajten nun den Klassen aufgebürdet werden, die immer gegen Krieg und Inflation gewesen sind.

Aus sozialen Gründen ist die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ohne weiteres zu rechtfertigen. Der zugehörige Preisabbau ist mißlungen, wie das bei der Zollpolitik der Regierung und der von den Kartellen verfolgten Politik nicht anders möglich war. Die Mieten sind im Steigen begriffen — in Preußen wurde erst kürzlich deren sechsprozentige Erhöhung vorgenommen; sie müssen laut Gesetz bald die Friedenshöhe erreichen, werden sie aber in Wirklichkeit sehr erheblich übersteigen. — Die soziale Gefahr, daß im Falle erhöhter Arbeitslosenunterstützung die Arbeitswilligkeit nachlassen werde, wird kein Verständiger behaupten dürfen. Kein Arbeiter wird seine Arbeitsstelle mit Rücksicht auf die Arbeitslosenunterstützung aufgeben oder eine angebotene deshalb ablehnen. Dagegen besteht bei zu geringer Arbeitslosenunterstützung die Gefahr des Lohndrucks der Unternehmer, die vielfach bereits jetzt versuchen, ihre Arbeiter zu entlassen, um sie dann mit viel niedrigeren Löhnen wieder einzustellen. Dieser Gefahr, die nicht nur in sozialer Hinsicht, sondern auch wirtschaftlich verhängnisvoll sein kann, muß jedoch vorgebeugt werden.

Wie steht es aber mit der finanziellen Belastung? Die allgemeinen Vorstellungen über die Belastung der Wirtschaft mit Arbeitslosenunterstützungen sind ganz irrig. Wie im „Reichsarbeitsblatt“ feinerget amtllich ausgerechnet wurde, kostete die Arbeitslosenunterstützung im vergangenen Jahre, also im Jahre der Stabilisierung, die vom Sommer bis in den Spätherbst von einer unmeßbaren Arbeitslosigkeit begleitet war, 220 Millionen Mark, das heißt ungefähr 1/3 des Nationaleinkommens. Diese Summe ist keineswegs besonders hoch. Den Ruhrunternehmern wurde eine Entschädigung von 700 Millionen Mark gewährt, die geplanten Fürstenabfindungen betragen viele hundert Millionen. Der neu zu errichtenden Getreidestelle sollen zunächst über 50 Millionen zur Verfügung gestellt werden, damit die ostelbischen Großgrundbesitzer ihren Roggen teurer verkaufen können. Diese Aktion kann jedoch, falls die Vorräte der Getreidestelle immer wieder aufgefüllt werden sollen, das Vielfache dieses Betrages kosten. Das Reich selbst treibt ständig eine Heberschuhwirtschaft. Im laufenden Rechnungsjahr wird sich mindestens eine halbe Milliarde Steuerüberschuß nach Deduktion der Ausgaben ergeben. Darf dieser Heberschuh nur zu Fürstenabfindungen verwendet werden, nicht aber auch für die Arbeitslosen? Zumal das Steueraufkommen zu drei Vierteln aus Massensteuern besteht, wozu die jetzt arbeitslos gewordenen Arbeiter und Angestellten mit ihren Wenigsten beigetragen haben. Dürfen diese nicht einen Teil von dem, was sie geleistet haben, in Form von erhöhten Arbeitslosenunterstützungen zurückerhalten?

Die Arbeitslosenunterstützung wird von den Arbeitern und Unternehmern bestritten, wozu das Reich und die Länder nur Zuschüsse gewähren. Insofern die Beiträge der Arbeiterklasse in Frage kommen, bedeutet dies nur die Hebertragung von Kaufkraft vom beschäftigten Arbeiter, der die Beiträge abführt, an den Arbeitslosen. Der Wirtschaft wird dadurch nichts entzogen. Aber auch die Leistungen der Unternehmer sind nicht als verlorene Kosten für die Wirtschaft zu betrachten, wie diese es gern darzustellen. Freilich wäre es besser, wenn alle Arbeitshände produktive Werte schaffen könnten. Ist das aber wegen der Krise nicht möglich, so ist es für die ganze Wirtschaft besser, wenn die Kaufkraft der Arbeitslosen nicht übermäßig niedrig ist. Für die Einzelwirtschaft bedeuten die abgeführten Summen zwar unmittelbar einen Verlust, allerdings auch einen gewissen Zwang zur Rationalisierung der Betriebe, um die sozialen Lasten leichter ertragen zu können. Für die ganze Volkswirtschaft erwächst jedoch durch die erhöhten Arbeitslosenunterstützungen und die dadurch ermöglichte größere Nachfrage nach Konsumgütern insofern ein Vorteil, als dadurch die vorhandene Absatzkrise gemildert und deren weiterer Zunahme vorgebeugt wird. Wird keine ausreichende Arbeitslosenunterstützung gewährt, so muß diese Tatsache infolge der gesunkenen Nachfrage von selbst weitere Arbeitslosigkeit erzeugen. Ausreichende Arbeitslosenunterstützung, wenn sie gleichzeitig mit der nötigen Rationalisierung der Produktion und einer Verständigung mit dem Ausland zur Förderung des gegenseitigen Warenaustausches einhergeht, muß das Mittel zur Ueberwindung der Krise sein.

A. H.

Soll es so bleiben?

Der unter dieser Ueberschrift in Nummer 50 des „Zimmerer“ veröffentlichte Artikel des Kameraden Fröhlich wird gewiß die Kritik einer großen Anzahl Verbandskollegen hervorgerufen haben. Da Kamerad Fröhlich im wenig schöner Form der Vereinigung der fremden Zimmergejellen jede Existenzberechtigung innerhalb unserer Organisation abpricht, möge ihm folgendes von einem langjährigen Mitglied dieser Vereinigung erwidert sein:

Die Ursachen der bekannten Auseinandersetzungen im „Zimmerer“ waren die Schlägereien unter den sogenannten „Schächten“. Ich möchte hierbei verweisen auf die im Sommer dieses Jahres stattgefundene Sitzung zwischen Mitgliedern unseres Zentralvorstandes und Vertretern der fremden Zimmergejellen. Ihr Ergebnis ist abgedruckt in Nummer 33 des „Zimmerer“.

Die Vereinigung der fremden Zimmerer umfaßt nahezu 1000 Mitglieder, die restlos im Zentralverband der Zimmerer organisiert sind. Es wird unsern Kameraden ausdrücklich zur Pflicht gemacht, ihre Beiträge für unsere Organisation pünktlich zu leisten. Verlumpte Kameraden haben in unsern Reihen keinen Platz. Nun steht zu Anfang des Artikels daß für die Erleichterung des Reisens, Förderung des Herbergemejens usw. viel getan würde. Unsere reisenden Kameraden denken anders darüber. Wie stehen in Wirklichkeit die Dinge?

Gewiß, unsere Organisation zahlt für eine Anzahl von Wochen pro Tag und Zahlstelle 1 M Reiseunterstützung und glaubt dann genug für unsere auf der Landstraße liegenden Kameraden getan zu haben. Die Mehrzahl der

Zahlstellen ist leider nicht in der Lage, infolge der schlechten Rahmenverhältnisse noch lokalerweise einen Zufluß zu gewährleisten. Gerade dieser Winter zeigt wieder, wie groß die Not unserer reisenden Kameraden ist, die ohne Arbeitsmöglichkeit von Stadt zu Stadt wandern müssen. Man lese nur die Inzerate der Zahlstellen im „Zimmerer“. Bald jede größere Stadt warnt in den letzten Wochen infolge Arbeitsmangels vor Zugang. Irgendwo müssen aber doch unsere reisenden Kameraden ein Unterkommen suchen, und so kommt es auf den Verbandsbüros, an die sie sich hilfesuchend wenden, oftmals zu erregten Auseinandersetzungen. Schreiber dieses hat in seinen Wanderjahren selbst die Erfahrung machen müssen, daß in manchen Städten unsere reisenden Kameraden nur als lästige Eindringlinge behandelt werden, die den Ortsanwohnern das Brot fortnehmen wollen. Dabei haben wir doch alle ein Recht auf Arbeit und Brot. Das Herbergswesen ist ein Problem dem in den meisten Städten wenig Beachtung geschenkt wird. So mancher reisende Kamerad zieht es vor, sich lieber bei der Polizei obdachlos zu melden, als in einer der berüchtigten „Kennen“ Unterkunft zu suchen. In einem anständigen Gasthaus zu übernachten, dazu reicht die 1. A. Reiseunterstützung leider nicht, von einem Nachessen gar nicht zu reden. Hier eine Erleichterung zu schaffen, ist stets der Zweck der Vereinigung der fremden Zimmergehilfen gewesen. Daß dieselbe in heutiger Zeit nicht überflüssig ist, das beweist unsere Mitgliederzahl. Im andern Falle wäre sie wohl schon längst an Mitgliederarmut eingegangen.

In jeder größeren Stadt steht unsern reisenden „Fremden“ ein sauberes Bett zur Übernachtung kostenlos zur Verfügung. Wir sorgen dafür, daß unsere Zugereisten nicht mit leerem Magen wieder auf die Landstraße gehen müssen. In Krankheits- und Sterbefällen greifen wir unterstützend ein. Außerdem stellen wir unsern Kameraden Gehirr zur Verfügung, sobald dasselbe bei der Arbeitsaufnahme erforderlich ist. Daß es stets unser Bestreben war, für unsere Zimmererorganisation kräftig zu agitieren, brauche ich wohl nicht mehr zu erwähnen. Die Verbandskameraden, die selber einst als „Fremde“ die Welt durchreisten, werden den Wert unserer Vereinigung für unsere reisenden Kameraden zu schätzen wissen. Solange noch unsere jungen Kameraden nach beendeter Lehrzeit ihr Reisebündel schnüren, um andere Länder mit ihren Sitten und Gebräuchen kennen zu lernen, solange wird auch die Vereinigung der rechtschaffenen fremden Zimmergehilfen bestehen, allen Vorurteilen zum Trotz.

John Ostermann, Bremerhaven.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ausschluß von Mitgliedern.

Wegen Vergehens gegen den § 22 Absatz 3 der Satzungen wurden in Magdeburg Gustav Palisch (Buch-Nr. 435188), in Sensburg Gustav Laßig (97301), Rudolf Sadowsky (401664), Franz Schliewe (105718), Albert Sawitz (22609) und Gustav Hildebrand (332480) aus dem Verbandsausgeschlössen.

Der Zentralvorstand.

Raffengeschäftliches.

Die Abrechnung für das 4. Quartal wird fällig. Mit dem 26. Dezember ist das Quartal buchmäßig beendet; jeder Zahlstellenkassierer hat mit diesem Datum — unbekümmert, ob und wieviel Restantien noch vorhanden sind — seine Bücher abzuschließen, die Abrechnung aufzustellen und sie, nachdem sie von den Revisoren geprüft sowie unterzeichnet ist, bis spätestens 15. Januar 1926 der Zentralkasse zu übergeben.

Gleichzeitig ist für das Jahr 1925 eine Mitgliederbeitragsliste aufzustellen, aus der hervorgeht, welche Beiträge jedes Mitglied im Laufe des verfloßenen Jahres entrichtet und wieviel Restwochen es am Schlusse des Jahres (am 26. Dezember) noch hat.

Außerdem ist auf der Liste genau anzumerken, welche Mitglieder im Laufe des Jahres eingetreten, ausgetreten, gestrichen, angemeldet, abgemeldet und verstorben sind. Bei den Lehrlingen ist der Vermerk „Lehrling“ zu machen.

Auf dem eigentlichen Rechnungsbilanzformular ist unter allen Umständen der Vordruck über die Mitgliederbewegung im 4. Quartal genau auszufüllen, da diese Angaben die statistische Unterlage für die Mitgliederbewegung des Gesamtverbandes bildet.

Mit der Abrechnung des 4. Quartals und der Mitgliederliste für das Jahr 1925 sind gleichzeitig alle Belege über Ausgaben, die im Auftrage des Zentralvorstandes auf Rechnung der Hauptkasse im 4. Quartal gemacht wurden, spätestens bis zum 15. Januar einzusenden. Die Quittungen über vorausgabte Erwerbslosenunterstützung sind monatlich einzusenden.

Vorschüsse zum Zwecke der Erwerbslosenunterstützung werden nur unter den im Merkblatt angegebenen Voraussetzungen und auf Grund einer vollkommen ausgefüllten Geldbestellkarte verhandelt; andere Geldanforderungen können nicht berücksichtigt werden.

Holst Römer, Kassierer.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Mitgliederbewegung im 3. Quartal 1925.

Das 3. Quartal brachte gegenüber dem 2. Quartal nur eine geringe Zunahme an Mitgliedern. Die Mitgliederzahl erhöhte sich um 507 auf 90307 in 956 Verbandszahlstellen. Eine Mitgliederzunahme weisen die Gawe 1 mit 29, Gau 3 mit 81, Gau 4 mit 129, Gau 6 mit 334, Gau 7 mit 72, Gau 9 mit 449, Gau 10 mit 37, Gau 13 mit 40, Gau 15 mit 148, Gau 18 mit 100, insgesamt 1420 Mitgliedern auf. Mitgliederverluste hatten Gau 5 19, Gau 8 6, Gau 11 156, Gau 12 122, Gau 14 228, Gau 16 62, Gau 17 320, zusammen 913 Mitglieder. Die Zunahme an Lehrlingen ist mit 861 im Verhältnis größer als die Mitgliederzunahme überhaupt. 10 Gawe hatten eine Zunahme an Lehrlingen

von insgesamt 399, während 5 Gawe eine Abnahme von 38 Lehrlingen aufweisen und 2 Gawe den alten Bestand hielten. Der Neuzugang an Erneuerungen, Eintrittten und Uebertritten von andern Verbänden betrug im 3. Quartal 5233; der Abgang durch Ausschlüsse, Austritte, Uebertritte zu andern Verbänden, Streichungen wegen Beitragsrückständen und Tod 2568. 4641 Mitglieder meldeten sich aus andern Zahlstellen an, 455 zahlten ihre Beiträge nach, so daß sie wieder als Mitglieder gezählt werden konnten. 6262 Mitglieder meldeten sich nach andern Zahlstellen ab und 922 zahlten im Quartal überhaupt keine Beiträge und wurden daher als Mitglieder nicht gezählt. Der gesamte Zugang betrug 10329, der gesamte Abgang 9822. Neuerrichtet wurden im 3. Quartal im Gau 1 die Zahlstelle Tappau mit 43 Mitgliedern bisher Bezirk von Königsberg i. Pr.; im Gau 5 Jastrow mit 19 Mitgliedern, bisher Bezirk von Ratow und Schloppe mit 16 Mitgliedern; im Gau 8 Loburg mit 12 Mitgliedern; im Gau 11 wurde die im 2. Quartal aufgelöste Zahlstelle Neße mit 10 Mitgliedern wieder errichtet, sie mußte indes im 3. Quartal erneut aufgelöst werden. Weiter gingen ein die Zahlstellen Christburg und Gerdaun im Gau 1; Leobschütz und Rosenburg im Gau 3; Freienwolde und Greifenberg im Gau 4; Quakenbrück im Gau 10; Stolzenau und wie bereits erwähnt, Neße im Gau 11; Stülpbach im Gau 12; Paul Leutrich und Stokach im Gau 16. Diese 13 aufgelösten Zahlstellen hatten zusammen nur einen Mitgliederbestand von 144. Alle waren seit langem lebensunfähig. Alle Bemühungen, sie neu zu beleben, blieben erfolglos, so daß schließlich die Auflösung unabwendbar wurde. Das 3. Quartal war für das Baugewerbe stets das beste, mit der höchsten Beschäftigungsziffer. Daher hatte auch dieses Quartal immer die höchste Mitgliederzahl im Jahr. Aus diesem Grunde hat der geringe Zuwachs in diesem Jahr unsere Erwartungen nicht erfüllt. Die Ursache dieser Erscheinung dürfte in dem Rückgang der Bautätigkeit im 3. Quartal zu suchen sein. Die Zahl der Erwerbslosen im Verband hatte sich von 1603 oder 1,91 % nach dem Zähltag am 27. Juni dieses Jahres auf 4426 oder 5,18 % nach dem Zähltag am 26. September erhöht. Aber auch die jährlichen Lohnkämpfe und Ausperrungen im 3. Quartal sind auf die Entwicklung des Mitgliederstandes im Verbandsverband nicht ohne Einfluß geblieben. Ganz besonders dürfte das auf das Industriegebiet Rheinlands-Westfalens zutreffen. In diesem Gebiete führte die Schwerindustrie einen scharfen Kampf gegen das Bauunternehmertum wegen des Lohnabkommens vom Mai 1925. Entgegen dem Willen der Schwerindustrie auf Lohnabbau hatten die Bauunternehmer eine Lohnerhöhung zugestanden. Um die Bauunternehmer zum Rücktritt von diesem Abkommen und damit zum Vertragsbruch gegenüber der Bauarbeiterschaft zu zwingen, legten sie ihre sämtlichen Industriebauten still. Die Industrie erreichte ihre Absichten zwar nicht. Diese Kampfmaßnahmen haben aber die vorhandene Arbeitslosigkeit wesentlich eingeschränkt und eine große Anzahl Zimmerer erwerbslos gemacht. Aus diesen Umständen erklärt sich auch der verhältnismäßig starke Rückgang der Mitgliederzahl im Gau 17.

Wie dieser Vorgang zeigt, müssen unsere Kameraden ihren Kampf um die Existenz nicht nur gegen das organisierte Bauunternehmertum, sondern auch gegen die kapitalkräftige Schwerindustrie führen. Unsere Kameraden können und werden diesen Zweifrontenkampf siegreich bestehen, wenn sie ihre Organisation den Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, so ausbauen und stärken, daß er im kommenden Frühjahr wieder das alte Machtinstrument wie vor dem Kriege geworden ist. An diesem Auf- und Ausbau des Verbandes müssen alle Hand anlegen. Darum, Kameraden, nützt die Zeit!

Unsere Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Saarbrücken.

Berichte aus den Zahlstellen.

Barth. Am 13. Dezember fand hier unsere Zahlstellenversammlung statt, die sich mit der Neuwahl des Vorstandes und mit der Wahl des Delegierten für den Verbandstag befaßte. Kamerad Kolberg erstattete den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen war, daß es trotz aller Schwierigkeiten auch in diesem Jahre vorwärts gegangen ist. Er richtete das Ersuchen an alle Kameraden, mitzuwirken an dem weiteren Ausbau der Organisation. Aus dem Kartellbericht war zu entnehmen, daß ein Beitrag für den Verbandsfonds wieder abgeführt werden soll. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kamerad Wollenberg vorge schlagen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl aller Vorstandsmitglieder, mit Ausnahme des Schriftführers, der neu gewählt wurde. Den einzelnen Funktionären wurde eine kleine Entschädigung gewährt. Nach Erledigung einer Reihe weiterer Anträge wurde die Versammlung mit einem Appell des Vorsitzenden, auch fernerhin für den Verband zu wirken, geschlossen.

Eibenstock i. Erzgeb. Am 5. Dezember fand unsere Mitgliederversammlung statt. Nach Erledigung der Eingänge wurde die Wahl eines Kandidaten zum Verbandstag vorgenommen. Die Regelung der Unterstützung für Durchreisende rief eine längere Debatte hervor. Hierzu wurde ausgeführt, daß seit dem vorigen Jahre Erzgebirge und Vogtland stärker von reisenden Kameraden besucht würden. Zur Zeit herrsche jedoch im ganzen Gebiet große Arbeitslosigkeit. In unserer Zahlstelle seien von 26 Kameraden 22 arbeitslos. In Rücksicht hierauf sah die Versammlung davon ab, einen festen Satz zu beschließen, da die vorhandenen lokalen Mittel voraussichtlich für die eigene Unterstützung gebraucht werden. Für die reisenden Kameraden dürfte es sich empfehlen, das Erzgebirge und Vogtland zu meiden. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde die Anschaffung des „Zimmerpolier“ von Fritz Krefz beschlossen. Nach Regelung verschiedener örtlicher Angelegenheiten gab der Vorsitzende zum Schluß bekannt, daß unsere Generalversammlung am zweiten Sonnabend im Januar 1926 stattfindet.

Lehrich i. B. Am Sonntag, 6. Dezember, fand im Lokale „Zur Palme“ unsere Monatsversammlung statt, in der Kamerad Engler über die Polierfrage referierte. Leider

war der Besuch der Versammlung ein sehr schlechter, und die Kameraden haben scheinbar nicht das übige Interesse an diesen wichtigen Fragen. In seinen Ausführungen schilderte Kamerad Engler die Verhältnisse, die sich in letzter Zeit ereignet haben, und wies auf die Stellung der Poliere im letzten Kampfe hin. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß der Verbandstag zu diesen Fragen Stellung nehmen solle. Der Zustand, daß beinahe so viel Poliere vorhanden seien, wie Zimmerer, müsse beseitigt werden. In seinem Schlußwort ging Kamerad Engler noch auf die Fragen näher ein und ermahnte die Kameraden, alles einzusetzen, damit es im Verbandsverband vorwärts gehe. Jeder Kamerad müsse mithelfen an dem Ausbau des Verbandes. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Mastenburg. Im 13. Dezember fand hier eine Mitgliederversammlung statt, zu der auch die Lehrlinge eingeladen waren. Kamerad Nicolai eröffnete die Versammlung und hielt einen kurzen Vortrag über das Thema „Unser Zentralverband und die Kämpfe im Baugewerbe“. An Hand des Zahlenmaterials zeigte er die umfangreichen Kämpfe in diesem Jahre und wies auf die erfolgreichen Bestrebungen unseres Verbandes hin die Lage der Zimmerer zu verbessern. Es habe sich überall gezeigt, daß bei den Zimmerern noch der alte Kampfgeist vorhanden sei. Wir hätten der Öffentlichkeit zeigen können, daß wir auch in diesem Jahre eine Kampforganisation gewesen seien. In der Ansprache kam die Interesselosigkeit der verschiedenen Kameraden zum Ausdruck. In dem weiteren Punkt der Tagesordnung wurde die Frage der Aufstellung eines Kandidaten zum Verbandstag besprochen und hierfür Kamerad Kagemich in Vorschlag gebracht. Weiter erläuterte der Vorsitzende die Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung des Verbandes. Verschiedentlich wurde auch hier Kritik geübt an den Vorschlägen der Verbandsinstanzen, durch die besonders die älteren Kameraden benachteiligt seien. In „Verbandsangelegenheiten“ forderte der Kassierer die Kameraden auf, umgehend ihre Verbandsbücher in Ordnung zu bringen und sie abzuliefern, damit die Verpflichtungsmark eingelebt werden könne und die Kameraden ihre Rechte nicht verlieren. Kamerad Nicolai erstattete den Kartellbericht und teilte mit, daß beabsichtigt sei an den Magistrat Forderungen zu stellen zur Gewährung einer Beihilfe für Erwerbslose. Nach Erledigung weiterer örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Stuttgart. Die Zahlstelle veranstaltete am 29. November eine Jugend-Verbesseier, zu deren gemütlichen Unterhaltung der Bauarbeiter-Gesangverein „Erwinia“ und eine Musikkapelle gewonnen waren. Den Lichtbildervortrag selbst hatte der bekannte Zimmermeister und Kurjusleiter Krefz übernommen. Die Veranstaltung war von den Lehrlingen und jüngeren Kameraden gut besucht. Auch hatte sich eine Anzahl alter Kameraden eingefunden, die für diese Veranstaltung ein reges Interesse zeigten. Herr Krefz hat es gut verstanden, sowohl in seinem beruflichen als in seinem Lichtbildervortrag die anwesenden Kameraden sowie die Eltern der Jungkameraden zu interessieren. Ausgehend von dem, daß er selber Zimmermann gelernt und auch als Geselle gearbeitet hat, wies er darauf hin, daß die Zeiten des alten Liedes: „Im Sommer in den grünen Wald, wo Axt und Beil erschallt“, endgültig vorüber sind. Denn die Technik sei auch an dem Zimmererhandwerk nicht spurlos vorübergegangen und ein konkurrenzfähiger Zimmererbetrieb sei heute ohne Maschinen kaum denkbar. Aber auch die Konstruktionen hätten auf Grund der Entwicklung der Technik ganz andere Formen angenommen als in der alten Zukunftzeit. Dadurch würden an den Zimmermann ganz andere Ansprüche gestellt und infolgedessen ganz andere Kenntnisse von ihm verlangt. Nach alledem müsse es jedem jüngeren und älteren Kameraden klar werden, daß der heutige Zimmermann in seinem Handwerk auch von Grund auf richtig ausgebildet werden müsse. Neben der beruflichen Ausbildung sei aber auch eine technische Ausbildung erforderlich. Die berufliche Ausbildung der Jungkameraden auf den Plätzen und Baustellen sei zunächst den älteren Kameraden übertragen. Es gibt aber leider heute noch ältere Kameraden, die in dem Jungkameraden nicht den Arbeitskameraden, sondern immer noch den Stiff erblickten, dem die Kenntnisse mehr mit dem Lattenende als durch praktische Unterweisungen beigebracht werden müssen. Dieses sei natürlich falsch. Ebenso falsch sei es aber auch, wenn der Jungkamerad dem älteren Kameraden nicht die nötige Achtung entgegenbringt. Auch die technische Ausbildung ist in Deutschland eine andere als in andern Ländern, zum Beispiel in Amerika. Dort muß zunächst der Jungkamerad 35 Stunden pro Woche die Gewerbeschule besuchen. In Deutschland wird der Unterricht erst nach Feierabend abgehalten. Aber auch beim Abschluß der Lehrverträge sei man in Amerika schon längst zu einer andern Auffassung gekommen, als in Deutschland. Während dort der Lehrvertrag als ein Arbeitsvertrag angesehen und unter Mitwirkung der Berufsverbände abgeschlossen wird, stehen hier die Unternehmern und auch die Handwerkskammern noch auf einem ganz rückständigen Standpunkt. Denn ein Lehrvertrag sei kein Erziehungsvertrag, sondern ein Arbeitsvertrag. Die Erziehung bleibt den Eltern überlassen. Krefz schloß seinen beruflichen Vortrag unter dem Hinweis, daß nach dieser Richtung hin noch manches verbessert werden müsse, um einen richtigen Nachwuchs für das Zimmererhandwerk zu bekommen. In dem darauf folgenden Lichtbildervortrag wurden von Herrn Krefz an Hand von Bildern zunächst die verschiedenen Systeme der Hallenkonstruktionen vorgeführt und erläutert. Nachdem folgten verschiedene Quartiere und Kulturbilder aus den verschiedensten Erdteilen. Alle Bilder wurden mit Interesse und Aufmerksamkeit verfolgt. Darauf ging der Vorsitzende, Kamerad Köfede, auf einige Ausführungen von Krefz ein. Er wies zunächst nochmals darauf hin, daß nicht nur in körperlicher, sondern auch in technischer Hinsicht das Zimmererhandwerk von Jahr zu Jahr immer wieder erhöhte Ansprüche an jeden Zimmerer stellt, daher nächst der beruflichen Ausbildung auch die technische Ausbildung weiter gefördert werden müsse. Aber es gibt daneben auch noch praktisch-technische Winke im Zimmererhandwerk, die man nicht immer in den Schulen lernt, und daß aus diesem Grunde die Zahlstelle Stuttgart beschlossen habe, ebenfalls vom kommenden Jahre ab Modellierkurse abzuhalten, an dem sich die jüngeren Kameraden recht zahlreich beteiligen sollten. Eine falsche Auffassung bestehe aber leider heute noch unter den Kameraden, die ihr Lehrverhältnis beendet und glauben,

nun genug gelernt zu haben, weil sie sich als Gefellen fühlen. Auch mit dieser falschen Standpunkt müssen die Kameraden brechen, weil der Mensch lernen muß, solange er lebt; an diesen Kameraden sei ebenfalls Gelegenheit gegeben, an diesen Kurzen teilzunehmen. In dem heute rein kapitalistischen Wirtschaftsgebilde, des nur auf Profit des Unternehmertums eingestelltes sei, steht der jüngere wie der ältere Kamerad allein, hilflos und schwach da. Es besteht aber auch da unter unseren Jungkameraden sowie unter den Eltern derselben teilweise auch noch eine falsche Auffassung, dahingehend, daß es immer noch Zeit wäre, dem Zimmerer-Verband beizutreten, wenn das Lehrverhältnis beendet sei. Schon der Jungkamerad müsse sich in der Lehrzeit dem Verbande anschließen. Unser Wahlspruch müsse es sein, dem geschlossenen Unternehmertum im Zimmerergewerbe eine geschlossene Organisation der Zimmerer in unserm Zentralverband entgegenzustellen, und dazu gehörten auch unsere Jungkameraden. Nur dadurch kann die wirtschaftliche Besserstellung eines jeden Zimmerers und auch die Besserstellung der gesamten Arbeiterschaft erreicht werden. Nachdem richtete der Jugendleiter, der Kamerad Uhl, noch einige ermahnennde Worte an die Anwesenden. Er schilderte in klarer Weise die Beschwerden seiner Lehrzeit und wies darauf hin, daß heute den Kameraden durch die Organisation manches leichter gemacht würde als früher. Er hoffe und wünsche im Interesse der Jungkameraden selbst, daß sich alle Anfang des kommenden Jahres an den Kursen und Vorträgen beteiligen mögen. Zum Schluß sprach der Vorsitzende im Namen der Geschäftsstelle dem Herrn Krefz für seine Bemühungen sowie für seinen Vortrag den besten Dank aus in der Hoffnung, daß er seine Vorträge in dieser Richtung auch in andern Bahnhallen halten möge.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Stärke der englischen Gewerkschaften betrug im Frühjahr 1925 5 331 000 Mitglieder, und zwar 4 720 000 Männer und 611 000 Frauen. Gegenüber Ende 1923 beziehungsweise 1915, wo die Mitgliederzahl 5 410 000 beziehungsweise 4 359 000 betrug, ist immerhin eine nennenswerte Zunahme zu verzeichnen. Dies ist um so erfreulicher, wenn man die seit Jahren dauernde schwere Wirtschaftskrise in England in Betracht zieht.

Entwicklung der holländischen Gewerkschaften. Das Zentralbureau für Statistik in Holland hat eine Uebersicht über die Entwicklung der Niederländischen Gewerkschaftsbewegung seit Anfang 1920 herausgegeben. Danach betrug die Zahl der organisierten Gewerkschaftler am 1. April 1920 rund 582 000. Davon entfielen 262 000 auf den Niederländischen Gewerkschaftsbund. Die römisch-katholischen Organisationen wiesen am 30. September 1920 158 000 Mitglieder auf und die christlich-nationalen Gewerkschaften 77 000 Mitglieder. Im Frühjahr 1924 war die Gesamtzahl aller organisierten Gewerkschaftler auf 385 000 oder um 33 % zurückgegangen. Anfang 1925 wurden insgesamt 382 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter festgestellt, wovon 187 000 auf den niederländischen Gewerkschaftsbund, 92 900 auf die römisch-katholischen und 50 400 auf die christlich-nationalen Gewerkschaften entfielen. Im Jahre 1924 hatten die Verbände des Behördenpersonals die größten Mitgliederverluste; sie gingen von 190 000 im Anfang 1924 auf 179 000 im Anfang 1925 zurück.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Keine Erwerbslosenunterstützung für Bauarbeiter? Aus allen Teilen unseres Verbandsgebietes gehen uns Mitteilungen zu, daß unsern erwerbslosen Kameraden die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung mit dem Hinweis verweigert wird, daß die Bauarbeiter Saisonarbeiter seien und ihre Erwerbslosigkeit nicht als „eine Folge des Krieges“ anzusehen sei. Selbst in den Kreisen der Regierung scheint über die Auslegung und Anwendung der Bestimmung für Saisonarbeiter noch keine Klarheit zu bestehen. Erst kürzlich teilte der preussische Wohlfahrtsminister in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten in Cassel seine Ansicht in dieser Sache mit. Der Bescheid hat folgenden Wortlaut:

III B Nr. 3499. Berlin W 66, den 2. 11. 1925.
An den Herrn Regierungspräsidenten von Cassel.
Bericht vom 2. 10. 1925 — A 6 12 365 — betreffend Erwerbslosenunterstützung für Saisonarbeiter.

Bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse ist es unmöglich, für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung an Saisonarbeiter eine einheitliche Regelung zu treffen beziehungsweise eine bestimmte Wartezeit festzusetzen. Nach dem auch jetzt noch maßgebenden Erlaß des Herrn Reichsarbeitsministers vom 28. November 1919 — I E 321/19 — muß die Frage der Gewährung der Erwerbslosenunterstützung an Saisonarbeiter zunächst verneinend beantwortet werden. Erst wenn feststeht, daß der Saisonarbeiter bei normalen wirtschaftlichen Verhältnissen während der Zeit der Betriebs Einstellung andere Arbeit anzunehmen pflegte und die sonstigen Bedingungen erfüllt sind, kann Erwerbslosenunterstützung gewährt werden. Auf die Wartezeit ist auch die Frage der Bedürftigkeit von besonderem Einfluß.

In Vertretung: gez. (Unterschrift).
Die Auffassung der Behörden ist unerträglich und unhaltbar, weil sie den Verhältnissen der Bauarbeiterchaft nicht im entferntesten Rechnung trägt. Man läßt die Bauarbeiter die höchsten Beiträge für die Erwerbslosenunterstützung zahlen und verweigert ihnen im Falle der Erwerbslosigkeit jede Unterstützung. Die Quelle dieser Ungerechtigkeiten ist die Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom November 1919, die heute längst überlebt sein dürfte. Der Zustand, daß heute nach Kriegsende der Bezug der Erwerbslosenunterstützung immer noch an die Bedingung der „Kriegsfolge“ bei Erwerbslosigkeit geknüpft wird, ist ein Zustand, der sofort geändert werden muß. Sollen die Tausende von Bauarbeitern, die gegenwärtig erwerbslos sind, von dem Bezuge der Unterstützung aus-

geschlossen werden, dann darf man ihnen auch nicht die Beiträge für diesen Unterstützungszweig vom Lohne abziehen. Diese einfach unerhörten Zustände müssen umgehend von der Regierung beseitigt werden.

Die Sozialversicherung im Jahre 1924/25.

Das Reichsarbeitsministerium hat jetzt eine Denkschrift über die Sozialversicherung im Jahre 1924/25 veröffentlicht. Die Veröffentlichung steht im Zusammenhang mit dem erbitterten Streit über die Höhe der Soziallasten in der deutschen Wirtschaft und beweist, daß die von Unternehmerseite veröffentlichten Zahlen stark übertrieben sind. Vor allen Dingen wird auf Unternehmerseite übersehen, daß die Voraussetzungen für die soziale Fürsorge in der deutschen Wirtschaft wesentlich andere sind als im Jahre 1913.

Nach der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums beträgt der Gesamtaufwand für die Sozialversicherung im Jahre 1925 rund 2343 Millionen Mark. Im Jahre 1924 belief er sich auf 2016 Millionen Mark und im Jahre 1913 auf 1431 Millionen Mark.

Die Denkschrift geht dann auf die einzelnen Versicherungsarten ein. In der Invalidenversicherung mußten im Jahre 1925 1 600 000 Invaliden, 200 000 Witwen und 1 300 000 Waisen versorgt werden. Gegenüber 1913 ist festzustellen, daß die Zahl der Versorgungsberechtigten stark angehtagen ist. Im Jahre 1913 waren zu versorgen: 1 030 000 Invaliden, 120 000 Witwen und 400 000 Waisen. Der Reichszuschuß zur Invalidenversicherung betrug 1924 rund 100 Millionen Mark; man schätzt ihn für das laufende Jahr auf mindestens 150 Millionen Mark. Die Ausgaben für Renten machten im Jahre 1924 ohne Reichszuschuß 257 Millionen Mark aus; werden die übrigen Leistungen berücksichtigt so kommt man auf eine Gesamtausgabe in Höhe von 310 Millionen Mark. Im Jahre 1925 wird nach dem bisherigen Stande ein Rentenaufwand von 370 Millionen Mark eingeseht. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Zahl der neu hinzukommenden Invalidenrenten die der wegfallenden Renten stark übersteigt, und zwar um 140 000 bis 150 000 M pro Jahr.

Die Krankenversicherung umfaßte im Jahre 1913 rund 14,4 Millionen Personen, 1922 aber 20 Millionen Personen. Für 1924 werden 19 Millionen Versicherte angegeben. Der Gesamtaufwand wurde bei den Krankenkassen für 1924 auf 750 Millionen Mark geschätzt. Jedoch wird behauptet, daß die Schätzung in der Wirklichkeit weit überschritten worden ist. Genaue Angaben stehen bis jetzt noch nicht fest. Den Ausgaben stand für 1924 ein Beitragsaufkommen in Höhe von 961 Millionen Mark gegenüber. Der Zuschuß des Reiches zu den Kosten der Familienwochenhilfe betrug 1914 rund 10 Millionen Mark. Für 1925 werden rund 20 Millionen Mark angegeben.

In der Angestelltenversicherung wurden am 1. Januar 1921 rund 25 771 Renten gezahlt, am 1. Januar 1924 45 285 und am 1. Oktober 1925 77 133. Da gegenwärtig im Monat rund 1600 Ruhegelder bewilligt werden, rechnet man im Jahre 1932 mit 90 000 Empfängern von Ruhegeldern und mit insgesamt 180 000 Renteneempfängern. Für das Jahr 1925 wird eine Beitrags-einnahme in Höhe von 175 Millionen Mark erwartet. Die Ausgaben für Renten, Heilverfahren, Verwaltung usw. betragen im Jahre 1924 rund 30 Millionen Mark. Im Jahre 1925 dagegen 67 Millionen Mark. Für 1926 rechnet man mit einer Steigerung auf 100 Millionen Mark.

Die Unfallversicherung umfaßt 780 000 gewerbliche Betriebe mit 9,4 Millionen Versicherten und 4,5 Millionen landwirtschaftliche Betriebe mit 14 Millionen Versicherten. Dazu kommen noch die Betriebe des Reiches, der Länder und der Gemeinden, für die 900 000 Versicherte angegeben werden. Gegenwärtig werden 600 000 Verletztenrenten und 120 000 Renten für Hinterbliebene gezahlt. Der Gesamtaufwand wird für 1925 auf 191,6 Millionen Mark geschätzt. Im Jahre 1924 waren es 150,4 Millionen Mark und 1913 228 Millionen Mark.

Die Einnahmen in der Erwerbslosenfürsorge werden für die Zeit vom 1. Juli 1924 bis 30. Juni 1925 mit 246 Millionen Mark angegeben. Ihnen stehen Ausgaben in Höhe von 249,8 Millionen Mark gegenüber. Für das Kalenderjahr 1925 werden die Ausgaben auf 230 Millionen Mark geschätzt. Darin sind die Kosten der Arbeitsnachweise nur soweit enthalten, als sie Verwaltungskosten der Erwerbslosenfürsorge darstellen.

Literarisches.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart, seit 12. 1925. Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 M. In den letzten Monaten ist von verschiedenen Seiten in der „Arbeit“ versucht worden, die Begriffe Wirtschaftsdemokratie und Betriebsdemokratie klarer zu umgrenzen und die Beziehung zwischen Gemeinwirtschaft und Wirtschaftsdemokratie aufzuklären. Im 12. Heft der „Arbeit“ behandelt Richard Seidel in eingehender Weise die Möglichkeiten und Grenzen der Betriebsdemokratie in seinem Aufsatz „Das Mitbestimmungsrecht in Betrieb und Verwaltung“. S. Schlieffert untersucht die Bedingungen, unter denen die Gewerkschaften an der Lösung des deutschen Produktionsproblems, an der technischen und organisatorischen Rationalisierung der Produktion mitarbeiten können. Dr. Bruno Rauener vergleicht die Rationalisierungs-Bestrebungen und -Methoden in Amerika und Deutschland. Bruno Schächsch analysiert die Gründe, aus denen den Produktionsgenossenschaften ein Erfolg verweigert bleiben mußte und prüft, in welcher Richtung die gemewirtschaftliche Tätigkeit der Gewerkschaften erfolgen sollte. Otto Albrecht behandelt den Gesetzesentwurf zum Endgültigen Reichswirtschaftsrat. Bernhard Göring setzt sich in einem Aufsatz „Die freien Gewerkschaften und die christliche Religion“ mit seinen Kritikern aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften auseinander. Paul Olberg untersucht an reichem statistischen Material den Stand der Arbeitslosigkeit in Sowjet-Russland. Benno Weingartz bringt seinen Aufsatz „Neues über den Chartismus“ zum Abschluß. Die Rundschau bringt unter anderem Beiträge zu der Arbeiterbewegung

in Italien, der Tschechoslowakei und China. Ein ausführliches Inhaltsverzeichnis des zweiten Jahrgangs der „Arbeit“ ist dem neuen Heft beigelegt.

Mensch und Maschine. Von Eduard Beckerle. 98 Seiten mit zwei schwarz-weißen Bildern „Der kapitalistische Raubvogel“ und „Klaven des Kapitals“. Erste Buchbeigabe des 2. Jahrgangs der Urania-Monatshefte. Verlag: Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Einzelpreis broschiert 1,50 M., gebunden in Ganzleinen 2 M. Die einzelnen Kapitel behandeln: Vom Werkzeug zur Werkzeugmaschine, Atomisierung und Automatisierung des Arbeitsprozesses, der Einfluß der Maschine auf die Arbeitsbedingungen, Kapital und Technik, Mensch und Maschine. In den Schlußbetrachtungen behandelt der durch seine Tätigkeit im Internationalen Gewerkschaftsbund außerordentlich sachkundige Verfasser die Frage: Wie kann und muß sich die Arbeiterschaft gegen die mit dem Maschinismus verbundenen Gefahren schützen?

„Urania“, Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Heft 3 dieser wertvollen Bildungszeitschrift nimmt in einem Teile seines Inhalts Rücksicht auf die winterliche Jahreszeit und auf das kommende Weihnachtsfest. Margarete Wittber-Christi erzählt die „wahre Weihnachtsgeschichte“; sie ist der Meinung, daß es jetzt vielleicht an der Zeit wäre, Weihnachten mit einem neuen Inhalt zu erfüllen, indem die bisher an die Person Christi gebundene Feier durch eine solche mit einer reinen Idee verknüpfte zu ersetzen wäre: Weihnachten als Fest der Erlösung aus Bedrückung und Not, durch die Sonne der Freiheit und Gleichheit hinführend zum goldenen Zeitalter des Sozialismus! Auch die Liebesbeigabe und ein Gedicht „Sonnenwende“ stehen mit dem Winterfeste in Beziehung. Im Beiblatt „Der Leib“ behandelt Dr. Frommholz in allgemeiner verständlicher Weise und unter wichtigen Nutzenwendungen „Allerlei Erkältungskrankheiten“.

Versammlungsanzeiger.

Bahnhallen, die ihre regelmäßigen Versammlungen für 1926 im „Versammlungsanzeiger“ bekanntzugeben wünschen, werden um baldige Mitteilung gebeten. Anzugeben ist, an welchem Tage, um wieviel Uhr und in welchem Lokale die Versammlungen stattfinden.

Anzeigen.

Sterbetafel.

- Berlin.** Am 10. Dezember starb unser Mitglied, der Kamerad **Paul Petzel** (Bezirk 9) im Alter von 31 Jahren an Lungentuberkulose. — Am 11. Dezember verstarb unser Mitglied, Kamerad **Otto Gericks**, Bezirk 22, im Alter von 22 Jahren an Lungentuberkulose.
- Elbing.** Am 17. November starb unser Kamerad **Herrmann Fühns** im Alter von 42 Jahren an Tuberkulose.
- Essen.** Am 28. November starb unser Kamerad **Paul Reschke** im Alter von 30 Jahren an den Folgen einer Kriegsverletzung.
- Gndtshoven.** Am 24. November starb unser Kamerad **Mathes Reiner** an Magenkrebs im Alter von 61 Jahren.
- Frankfurt a. M.** Am 5. Dezember ist unser Mitglied, der Kamerad **Gg. Meyer** nach langem Leiden im Alter von 60 Jahren gestorben.
- Pillfallen.** Am 22. Oktober starb unser Kamerad **Friedrich Kunst** im Alter von 39 Jahren an Lungentuberkulose.
- Starnberg i. Bayern.** Am 30. November starb unerwartet infolge einer Erkältung unser alter Kamerad **Joseph Kamin** er im Alter von 74 Jahren.
- Stralsund.** Am 13. Dezember verstarb unser langjähriges Mitglied **Arthur Lüders** an Lungentuberkulose.
- Weißenfels.** Am 25. November starb unser Kamerad **Paul Enko** im Alter von 41 Jahren an Darmleiden. Wir verlieren in ihm eines der ältesten Mitglieder. Ehre ihrem Andenken!

Zahlstelle Lindau i. B.

Lokalunterstützungen können an reisende Kameraden nicht mehr gezahlt werden. Wir eruchen alle Kameraden, Lindau zu meiden, weil hier große Erwerbslosigkeit herrscht. [1,80 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Lörrach.

Den reisenden Kameraden zur Kenntnis, daß in Lörrach keine Arbeitsmöglichkeit vorhanden ist. Vor Zugang wird gewarnt. Die Arbeitslosenunterstützung wird Sonnabends von 2 bis 4 Uhr beim Kassierer **Eduard Köhner**, Wiesenweg, ausgezahlt. [2,40 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Rosenheim u. Umgebung.

Am Sonntag, 10. Januar 1926, vorm. 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus „Pernlochner“, Kaiserstraße, unsere **Generalversammlung** statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller. [2,40 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Trier.

Die Arbeitslosigkeit ist sehr groß. Wir warnen vor Zugang und weisen darauf hin, daß wir keinerlei Lokalunterstützung gewähren können. [1,50 M.] Der Vorstand.